„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reichs, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenthümer; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106, Rixdorf, Berlinerstraße 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Witzblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, das Sonntagsblatt „Deutsche Reichsbahn“ und „Haus, Hof und Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 2 M., viertelj. 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: durch Ausland 18 M., durch Inland 13 M. Inserate 6 Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106, Rixdorf, Berlinerstraße 33 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 396. Berlin, Sonntag, den 6. August 1899. XXVIII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

J. V. von
Heinrich Nicolai.

Je näher wir der endgiltigen Entscheidung des preußischen ndtages über das Mittellandkanalprojekt kommen, sto heftiger wird der Widerstand unserer agrarischen Konser- tiven, dieser „Stützen von Thron und Altar“, gegen die egierungsvorlage, für deren Einbringung sich der König n Preußen so lebhaft interessirte. Die Agitatoren des undes der Landwirthe suchen alle Minen springen zu lassen, n das Zustandekommen der Wasserstraße zu verhindern. ie möchten wenigstens auf Umwegen ein Monopol r den Verkauf von Getreide und Fleisch er- ingen, um ungestört, wie einmal ein sehr hoher Herr agt haben soll, „Wucher“ treiben zu können; und deshalb d sie empört über die Thatsache, daß unsere Zeit „im chen des Verkehrs“ steht. Dabei sind auf der Suche nach ründen gegen den Regierungsentwurf — und das ist der mor davon — die wüthenden Kanalgegner mit einem al die eifrigsten Verfechter eines Kanalprojektes geworden, nämlich der sogenannten Nordlinie, natürlich nicht mit dem rzen, sondern nur mit den Lippen. Sie gehen von der raussetzung aus, daß nicht nur das Bessere, sondern ch das Schlechtere der Feind des Guten sein kann.

Es ist eine höchst eigenartige Erscheinung, daß dieselben litiker, denen das Schreien nach Staatshülfe zur anderen Natur worden ist, hier, wo der Staat nicht einmal allein aus seinen itteln, sondern unter scharfer Heranziehung der Interessenten nen großen Verkehrsweg schaffen will, eine so außerordentli scharfe Opposition machen. Dieser Vorgang ist indeß ledig- ch ein neuer Beweis für den grenzenlosen Egoismus unserer ssarier. „L'Etat c'est moi“ — dieses Wort wagen sie aus sdrücklich auf den Monarchen denn doch noch nicht unverblümt ihren Forderungen als Motto voranzusetzen, dagegen ver- ehen sie um so rücksichtsloser den Grundsatz, daß der Staat ur für sie da sei. Für sie soll gespart, ihnen lles, was der Fiskus nicht verschlingt, gegeben erden. Nach den Bündlern muß die Landwirthschaft e immerwährende Invalidenrente beziehen und zwar ht auf Grund von eigenen Beiträgen, sondern aus dem uß aller anderen Berufe, und nicht nur mit Reichszuschuß, ndern auch mit Extraprämien aus den Kassen der Einzel- aten. Die vom Bunde entworfenen, grau in grau ge- ltenen Schilderungen der angeblichen Nothlage haben Landwirthe arg geschädigt, ihren Kredit unter- aben, die trügerische Hoffnung auf den all- chtigen und allgütigen Staat, der es schon machen erde, großzegezen und viele sonst tüchtige und thatkräftige nner muthlos gemacht. Das Wort „Hilf Dir selbst, so ilft Dir Gott“ hat der Bund der Landwirthe in Verruf ge- acht. So sind denn die früheren Mahnungen des Land- rthschaftsministers Freiherrn v. Hammerstein, die Landwirthe llen mehr der Selbsthilfe, der eigenen Kraft ver- auen, ebenso wie die neuerlichen in gleicher Richtung bewegenden Rathschläge des Herrn v. Miquel auf un- chtbaren Boden gefallen.

Und doch haben die Verhandlungen des Allgemeinen enossenschaftstages, die in der vergangenen Woche er in der Reichshauptstadt stattfanden, insbesondere die theilungen über die Geschäftsergebnisse, wieder einmal für den, der sehen will, klar bewiesen, wie Gewaltiges die lbsthülfe zu leisten vermag. Namentlich die Kreditvereine ben dem Mittelstande, den allerhand falsche opheten jetzt umschmeicheln, unendlichen Segen gebracht. e Schöpfungen Schulze-Delitzschs sind ein bleibendes Denk- al für ihn, und das Standbild, das am Freitag hier in erlin enthüllt wurde, ist nur ein äußeres Zeichen der echten nd aus dem Herzen kommenden Dankbarkeit, die weite reise des deutschen Volkes dem Sozialpolitiker der That auf mer bewahren werden.

Ganz andere Gefühle als solche der Zuneigung und Dankbarkeit d es, die die Bevölkerung in Oesterreich der Re- erung gegenüber hegt. Vielleicht hat Graf Thun wischen schon eingesehen, welchen Streich er mit seinen rordnungen auf Grund des § 14, des „Nothparagraphen“, angen. Insbesondere die Erhöhung der Konsumsteuern, ei denen die auf Zucker zuerst in Kraft getreten ist, hat ßerordentlich böses Blut gemacht. Entrüstungsversammlung f auf Entrüstungsversammlung und Demonstration auf monstration, so daß Polizei und Militär alle Hände voll thun haben, um die Ruhe wenigstens äußerlich wieder rzustellen. Aber im Inneren gährt es, und einen wie hohen nd die Unzufriedenheit erreicht hat, das beweist der ein- nnige Beschluß der Wiener Gemeindevertretung, welcher e Vorgehen der Regierung auf das Schärfste verurtheilt. rüber, daß die Anordnungen des Grafen Thun durch- s ungesetzlich sind, existirt keine Meinungsverschiedenheit, d der einzige Milderungsgrund für die Anwendung des thparagraphen ist die Noth, in die Oesterreich, vornehmlich ch die Schuld der Regierenden, in der That gerathen ist. Sind schon die inneren Verhältnisse Oesterreichs keines- gs geeignet, uns in Deutschland mit besonderer Befriedi- ng zu erfüllen, so scheint auf der anderen Seite die öster- chische Regierung auch wenig Werth darauf zu legen, die en und freundschaftlichen Beziehungen, die das Donau- erreich mit dem deutschen Reich verbinden, vor aller it zu dokumentiren. Dazu paßt, daß aus der früher angekündigten Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem Grafen Goluchowski nichts geworden ist. Das Unterbleiben dieser Entrevue werden gewisse französische Organe selbstverständlich zu allerhand Kombinationen benutzen, um ihr Publikum glauben zu machen, daß der Dreibund auf schwachen Füßen stehe, und auf der anderen Seite werden sie ebenso natürlich eifrig bemüht sein, die Bedeutung der Reise des französischen Ministers des Auswärtigen Delcassé nach Petersburg, die wir auf ihren wahren Werth zurückgeführt haben, über Gebühr aufzubauschen. Bedeutlamer als solche Kommentare erscheinen uns die Bekklemmungen, die sich in der englischen Presse angesichts der Petersburger Reise des französischen Ministers bemerkbar machten. Man hat an der Themse ein etwas schlechtes Gewissen und sagt sich, daß die Haltung Englands auf dem Haager Friedenskongreß am Hofe des Zaren sicherlich nicht mit allzu großer Befriedigung registrirt worden ist, wenn Rußland auch offiziell erklärt, daß es mit dem Verlauf jener Konferenz sehr zufrieden sei. Und weil man in London bei ernster Selbstprüfung nicht leugnen kann, daß England mit Rußland und Frankreich an verschiedenen Punkten der Erdoberfläche nicht sehr d'accord ist, und daß es dem deutschen Reich, wo es nur konnte, Steine in den Weg gelegt hat, so fürchtet man natürlich, daß sich in Anknüpfung an den Austausch internationaler Höflichkeiten zwischen dem deutschen Reich und Frankreich, wie wir sie neuerdings zu verzeichnen hatten, eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich vollziehen könnte, die dem von England herbeigesehnten angelsächsischen Bündniß eventuell eine Koalition der nächstigten Staaten der alten Welt gegenüberstellen würde. So kann es nicht auffallen, daß wir in Deutschland mit viel größerem Gleichmuth als die englischen Politiker zuschauen können, wenn Herr Delcassé dem Grafen Murawiew seinen Besuch macht oder dem Kaiser von Rußland vorgestellt wird.

Es hat natürlich nicht an Stimmen gefehlt, die die Reise Delcassés nach Petersburg mit der Affäre Dreyfus in Verbindung brachten; das erklärt sich wohl daraus, daß diese Angelegenheit in der That alle Gemüther in Frankreich bewegt, zumal jetzt, da der Beginn der Verhandlungen des neuen Kriegsgerichtes unmittelbar bevorsteht. Die „Nationalisten“ und Vorkämpfer des Generalstabes setzen in letzter Stunde Himmel und Hölle in Bewegung; ihre Hoffnung ist General Mercier, während Herr Quesnay de Beaurepaire wohl nur von Herrn Quesnay de Beaurepaire ganz ernst genommen wird. Daß an Stelle des ursprünglich für die Sitzungen des Kriegsgerichtes in Aussicht genommenen niedrigen Raumes kurz vor Thoresschluß der große Saal des Lyceums in Rennes gewählt wurde, wird hoffentlich die Erledigung der Affäre beschleunigen.

In einer Krise befindet sich auch noch immer das Königreich Belgien. Das Ministerium van den Peereboom ist an seiner Wahlrechtsvorlage, die den Klerikalen die Herrschaft for ever sichern sollte, gescheitert. Lange genug hat es freilich gedauert, ehe der Ministerpräsident sich entschloß, seine Entlassung zu geben. Sein Nachfolger de Smet de Naeyer gilt als ein Anhänger des Proportionalwahlsystems, und man nimmt an, daß er dasselbe der Kammer vorschlagen werde. Indeß dürfte die Aufgabe, es allen Parteien in Belgien recht zu machen, sehr schwierig sein, und die langen und unfruchtbaren Verhandlungen des Wahlrechtsausschusses, die den ganzen Juli ausfüllten, lassen den Schluß zu, daß der Nachfolger des Herrn van den Peereboom nicht auf Rosen gebettet sein wird.

Der mit Belgien sozulagen durch Personalunion verknüpfte Kongostaat soll nach englischen Meldungen einen Konflikt mit dem deutschen Reich haben, der in Grenzstreitigkeiten am Kivusee seinen Ursprung hätte. Man steht bei uns zu Lande diesen Berichten mit großem Skeptizismus gegenüber. Wir sind allzu sehr daran gewöhnt, daß die englische Presse uns bald mit diesem, bald mit jenem Lande verhetzen möchte, als daß wir auf einseitige englische Meldungen noch großen Werth legten. Von der Rolle, die England uns gegenüber zu spielen pflegt, legen auch die jüngst angekommenen Berichte aus Samoa wieder Zeugniß ab, wo es glücklicherweise infolge der weisen Mäßigung des deutschen Vertreters und des Umstandes, daß der amerikanische Vertreter sich nicht in der Rolle gefiel, für das schadenfrohe Albion die Kastanien aus dem Feuer zu holen, zu einem vorläufigen modus vivendi kam. Im Uebrigen machen sich noch immer die Folgen der perfiden Kampfesweise bemerkbar, die England so gern gegen uns anzuwenden liebte. Zu den Amerikanern, die im tiefsten Herzen einen großen Groll gegen das deutsche Reich hegen, scheint in der That Admiral Dewey zu gehören. Bei seiner Anwesenheit in Triest hat er Aeußerungen gethan, die — wenn er auch die Behauptung dementiren ließ, er habe davon gesprochen, daß der nächste Krieg von den Amerikanern gegen das deutsche Reich geführt werden würde — wenigstens von einer großen Abneigung des Siegers von Cavite gegen Deutschland Zeugniß ablegen, desselben Herrn Dewey, der seinerzeit dem deutschen Admiral feierlich in einem Schreiben versicherte, daß alle Mittheilungen über das schlechte Verhältniß der amerikanischen und der deutschen Marine vor Manila ins Gebiet der Zeitungsmache zu verweisen seien.

Mit einem Kriege der Vereinigten Staaten gegen das deutsche Reich dürfte es gute Wege haben; hoffentlich auch mit einem Kriege Englands gegen Transvaal. Vorläufig verhandeln die beiden Mächte über die Einsetzung einer gemischten Kommission, die die Bürgerrechtsfrage in der Boerenrepublik prüfen soll. Die Friedensfreunde erwarten, daß diese Kommission sich zu einer Art von Schiedsgericht auswachsen werde, einer Institution, die sich nach den Verhandlungen des Haager Kongresses eigentlich einer gewissen Beliebtheit erfreuen sollte.

---

* Die **Betheiligung der Genossenschaften an der Pariser Weltausstellung** ist gelegentlich des Berliner Genossentages, dem Vertreter der bedeutendsten Genossenschaftsverbände des In- und Auslandes beiwohnten, privatim erörtert worden.

Es darf nunmehr eine allgemeine Betheiligung der Genossenschaften aus den Hauptländern als sicher angenommen werden. Die französischen Verbände stellen in den Fachabtheilungen ihres Landes für Landwirthschaft, Handwerk, Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen u. s. w. aus. Die englische Großhandelsgesellschaft der Konsumvereine (Whole-Sale-Society) will alle die mannigfachen Waaren zur Anschauung bringen, die sie den Familien ihrer 1¼ Millionen Mitglieder liefert, und ebenso die zahlreichen von ihr in eigenen Riesenfabriken hergestellten Waaren, in Sonderheit Kleidungsstücke und Haushaltsbedürfnisse. Der Verband der englischen Genossenschaften stellt Jahresberichte und Schriften aus, ebenso der allgemeine Verband der deutschen Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften zu Charlottenburg. Besonders lebhaft ist man darum bemüht gewesen, die reichhaltige Ausstellung des allgemeinen Verbandes der deutschen landwirthschaftlichen Genossenschaften (Offenbacher Verband), dessen vielseitige Spezialkarten, graphische Darstellungen, Literatur und Formularsammlungen, Sparkartenautomaten 2c. auf der diesjährigen deutschen landwirthschaftlichen Ausstellung zu Frankfurt großes Aufsehen erregt haben, für Paris zu erneuern, was auch dem Wunsche des preußischen Landwirthschaftsministers entspricht. Aus Deutschland wird ferner für die Ausstellung seitens der Centralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen eine Gesammtdarstellung der Wohlfahrtspflege in Deutschland vorbereitet, in der auch das Genossenschaftswesen eingehende Berücksichtigung findet. Leider ist es bei der Anordnung der Weltausstellung nicht möglich gewesen, die internationale Genossenschaftsausstellung an einer Stelle unterzubringen; vielmehr muß jeder Verband in der Abtheilung seines Landes ausstellen.

Die Betheiligung Deutschlands an den internationalen Kongressen der Konsumvereine und den landwirthschaftlichen Genossenschaften, wie an der vierten Generalversammlung des internationalen Genossenschaftsbundes, die im Sommer 1900 während der Ausstellung in Paris stattfinden, erscheint nach den neuesten Besprechungen ebenfalls gesichert.

---

* Eine soeben bekannt gewordene **Verfügung** über **Lehrermangel aus militärischen Gründen** erläßt die Regierung zu Liegnitz. Sie lautet:

„Es ist in diesem Jahre wieder eine so überaus große Zahl von Lehrern zu militärischen Uebungen einberufen worden, daß wir, besonders da auch viele der uns zur Verfügung stehenden Schulamtskandidaten Gestellungsbefehl erhalten haben, völlig außer Stande sind, allen Anträgen auf Ueberweisungen eines besonderen Vertreters zu entsprechen, und nur in wenigen, ganz besonders dringlichen Fällen Aushülfe gewähren können. Wir bringen dies zur allgemeinen Kenntniß, um die in den einzelnen Fällen zur Milderung des zeitweiligen Nothstandes getroffenen Anordnungen erklärlich zu machen.“

Wenn das geflügelte Ministerwort: „die Kulturaufgaben leiden nicht.“ Wahrheit werden soll, so müssen die beiderseitigen Behörden Mittel und Wege finden, derartige Kollisionen zu vermeiden, über die selbst eine königliche Regierung so bewegliche Klagen und Entschuldigungen anstimmen muß.

---

* Die verstärkte vierte Kommission des **Herrenhauses** für Justizangelegenheiten hat beantragt, das Herrenhaus möge dem Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die **Zwangsversteigerung** und die **Zwangsverwaltung**, ferner dem Entwurfe eines Ausführungsgesetzes zur **Grundbuchordnung** sowie dem Entwurf eines preußischen Gesetzes über die **freiwillige Gerichtsbarkeit** in der von dem Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilen. Dagegen hat der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum **Bürgerlichen Gesetzbuche** sehr wesentliche Abänderungen gegenüber den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses erfahren. Die Veränderungen beziehen sich auf die Stiftungen, deren Umwandlung oder Aufhebung, auf den Anfall eines Vereins- oder Stiftungsvermögens, auf Erwerbsbeschränkungen für juristische Personen, auf Beurkundung von Grundstücksveräußerungen, auf Kündigungsrecht bei Hypotheken und Grundschulden, ferner auf Bestimmungen betreffend die elterliche Gewalt, auf Anlegung von Mündelgeld, auf Feststellung des Ertragswerthes eines Landgutes und auf Schlußbestimmungen. Ferner hat die Herrenhauskommission in den Entwurf zum Ausführungsgesetze zum **Handelsgesetzbuche** die nachfolgenden sehr wichtigen Aenderungen für gut befunden und dem Herrenhause zur Annahme empfohlen. Es soll zwischen die Artikel 3 und 4 des vorbenannten Entwurfes eingeschaltet werden Artikel 3 a:

„Eine Aktiengesellschaft sowie eine Kommanditgesellschaft auf Aktien kann aufgelöst werden, wenn sie durch einen gesetzwidrigen Beschluß der Generalversammlung oder durch gesetzwidriges Verhalten des Vorstandes, der persönlich haftenden Gesellschafter oder des Aufsichtsrathes das Gemeinwohl gefährdet.

Ueber die Auflösung entscheidet im Verwaltungsstreitverfahren der Bezirksausschuß in erster Instanz. Für die Erhebung der Klage ist der Regierungspräsident zuständig.

Von der Auflösung hat der Regierungspräsident dem Registergerichte Mittheilung zu machen.“

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 32.